

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilbündstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 8. April 1931

Nummer 28

## Versammlungs-Momantik

In letzter Zeit haben im Versammlungsleben unfres Verbandes, teilweise in vorgezeichneten nächtlichen Stunden, sogenannte Entschlüsse das Licht der Welt erblickt, deren Sinn und Zweck an gewerkschaftlicher Unreife kaum noch etwas zu wünschen übrig lassen. Zur Ehre der betreffenden Mitgliederschaften kann jedoch gesagt werden, daß deren übergroße Mehrheit nur insofern dafür verantwortlich gemacht werden könnte, als sie sich mehr passiv als aktiv den Dingen gegenüber verhielt. Wäre sie zur Stelle gewesen und geblieben, dann wären ihnen solche Entschlüsse, wie sie sich z. B. kürzlich 30 bis 40 Mitglieder der über tausend Mann starken Düsseldorf-Mitgliederschaft laut „Korr.“ Nr. 25 vom 28. März auf Seite 164 leisteten, sicher erspart geblieben. Aber wir ändern, die solche Zeit- und Geistesblüten als aufmerksame Leser des Verbandsorgans nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch geistig verarbeiten sollen, wir haben das Recht und die Pflicht, gegenüber solchen Beitritten gewerkschaftlicher Unvernunft mit unserer Kritik nicht hinter dem Berg zu halten. Armer Gigolo, der Du unter dem Namen Reinhardt in Düsseldorf von Mostau aus dazu verknurrt zu sein scheinst, sich die Manieren eines politischen Einläufers bis zum groben Unfug zu eigen zu machen!

Es besteht kein Anlaß für mich, „den kapitalistischen Diktator Brüning“ gegen den Vorwurf, er wolle die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich zur Einführung bringen, in Schutz zu nehmen. Ihm diesen Plan in die Schuhe zu schieben, bedeutet noch lange nicht, daß Verwirklichung eintritt. Die Wirtschaftslage schreibt Wege vor, die zwangsläufig eine Senkung der Kaufkraft zur Folge haben müssen, soll nicht das Schiff mit dem Namenung untergehen. Daran ändert keine radikale Entschlüsse noch deren rationalisierte Mehrproduktion ein Jota. Um auf die durch Rationalisierung hervorgerufene Mehrproduktion zu sprechen zu kommen, so sieht hier Kollege R., ein, daß der aufnahmefähige Markt für diese Mehrproduktion fehlt. Diesen aufnahmefähigen Markt sucht er in erster Stufe durch 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich zurückzugewinnen. Ich befürchte, daß in der 40-Stunden-Woche rationalisierte Mehrproduktion den Markt mit Erzeugnissen überflutet, die den ganzen Vorgang sehr problematisch werden läßt. Die Rationalisierung durch hochwertige Maschinen und deren Ausnützung bis zur Überrentabilität machte eine Menge Menschen arbeitslos, die als Käufer der Mehrware nicht mehr kaufkräftig genug sind. An Stelle der Menschenkraft getretene Maschinenkraft scheidet als Käufer aus, und damit wird Überproduktion durch Rationalisierung zum Fluch der Weltwirtschaft. Daran ändert letzters auch die geplante deutsche 40-Stunden-Woche wenig, vielleicht nichts. Hier Wandel und Abhilfe zu schaffen, bedarf es mehr Gedankenarbeit, als in der Düsseldorf-Entschlüsse enthalten ist. Wenn die Düsseldorf-Entschlüsse von Wittgängen zu Hindenburg als ausführender Sache und als Ausdruck einer durchaus nicht vorhandenen Dynamik der Arbeiterchaft orakelt, die uns nur schäde, mag sich deren Einbringer an die eigene Tätigkeit erinnern. Seine Arbeit fördert die Zerplitterung viel schlimmer als der angebliche „Wittgang“ zu Hindenburg. Wo kein anderer Ablagerungsplatz mehr aufzutreiben ist, dem gewerkschaftsfeindlicher Kundschafter zugeführt werden kann, finden sich immer noch die Zentralinstanzen und die Leitung des ADGB, an denen sich Außenreiter reiben können. Es ist ja so bequem, wie ich vom Schlußwörter den alle Sünden und Schuld bejammern. Wehren können sie sich nicht, wollen es auch nicht; in der jeweiligen Versammlung tritt solchen Kritikern selten ein Kollege entgegen, und der Angreifer kann sich in Positur werfen und ein Rad schlagen wie der eitle Frauenhahn. Kollege R. hilt sich, den Zentralinstanzen und denen des ADGB, gangbare Wege zur Abhilfe zu weisen. Er fordert vielmehr mit seinen 30 Getreuen, wiederum im Namen der Düsseldorf-Buchdrucker, und darüber hinaus ruft er alle Kollegen und die gesamte deutsche Arbeiterchaft zum Angriff und Vorgehen gegen den immer unverfämbter werdenden Kapitalismus und seine politischen Exponenten auf. Ja, Kollege Reinhardt, die gesamte Arbeiterchaft, die nach eigenen Beweisen teilweise ein Desinteresse an Zentralinstanzen und ADGB hat, wird sich einen Teufel um „opfervolle“ Kämpfe scheren. Sie sorgen ja mit, daß die Kluft immer größer wird. Statt einer Gewerkschaft gibt es heute deren viele. Mostau muß mit seiner K.O. mit den Nazis Schritt halten, die Christen und Hitzige, die

Stahlfelmer und Gelben und ganz Indifferenten werden nie Seite an Seite mit uns „opfervolle“ Kämpfe im Sinne R.s führen. Seine Schlagworte von den glühenden Kulis wird Kollege R. nicht gerade ernst meinen. Es sind die Blumen in dem düster gebundenen Kranz der Düsseldorf-Entschlüsse. Wollte die gesamte deutsche Arbeiterchaft mit oder ohne Führer in der heutigen Zeit der niederliegenden Wirtschaft einen Kampf aufnehmen, könnten wir dem Unternehmertum keinen größeren Gefallen als diesen erweisen. Da sehen die viel gelästerten Führer denn doch weiter als Kollege R., der eben unsere Führer die Schuld zuschiebt, wenn sie mit schönen Reden, klugen Reden der Nachzügler eines von Todesahnungen bedrohten und deshalb um so brutaleren Kapitalismus nicht Einhalt gebieten könnten. Die Logik des Kollegen R. gleicht einem Stiefel ohne Sohle, der Brillen eines Kurzsichtigen, welcher die Gläser fehlen. Ein Kapitalismus, der von Todesahnungen heimgesucht wird, immer unverfämbter werdend! Einzugsstehender Vorwurf zu einem Kapitalismudrama, wie ihn noch kein Kintoppautor natürlicher beschrieb. Kollege R. hat mit seiner Entschlüsse „dem Dreck die Ohrfeige gegeben“, sagen wir Schwaben. Zum Ruhm der Düsseldorf-Kollegenchaft waren es nur wenige, die solchen Präsenzdreschereien ihre Stimmen und Ohren liehen zur Geistesfunde. War denn keiner da, der früher Schlußantrag stellte? Der guten Sache wäre mehr gedient gewesen. Die viergliedrige Kommission, die den Auftrag erhielt, auf der 15. der Versammlungen Vorträge zur Weiterbildung der Kollegen in Wirtschaftskragen zu veranstalten, ist Düsseldorf-Patent. Vielleicht von Gespan zu Gespan, aber im Sinne der 6-Tage-Redner auf öffentlichen Düsseldorf-Plätzen? Auch ausgerüstet mit einem Wanderprobergehäusen nach Art der Bettelmonche wäre nicht ohne. Daß die 90 000 Verbandsstollegen erpicht sind, die Begründung des Düsseldorf-Antrags auf Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages im „Korrespondent“ zu lesen, wie ihnen die 30 Düsseldorf-Jahrgar zumuten, bezweifle ich stark. Kaum noch ein Jahr trennt uns vom ordentlichen Verbandstag. Da noch viele tausende Markt zum Fenster hinauswerfen, in einer Zeit, wo wir jeden Pfennig zur Unterfertigung unserer Arbeitslosen benötigen, wäre der zweite grobe Unfug. Diese Forderung erinnert an das Volksgehren des Stahlfelmers zur Auflösung des preussischen Landtags. Man muß zeigen, daß „man“ noch da ist. Das ist der Zweck. An den harten Tatsachen ändert diese Forderung nichts und kann nichts ändern. Dies sollte Kollege Reinhardt auch wissen und weiß es sicher auch. Warum also dann Theater?

Stuttgart.

## Der Zweck heiligt die Mittel

„Es können wie die Teufel und schwindeln aus Brnial.“

An dieses Zitat des bekannten „Bayerischen Vaterlands“-redakteurs Sigl der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde Schreiber dieses unwillkürlich erinnert, als er in Nr. 13 des „Typograph“ den Artikel „Der Kolof auf tönernen Füßen“ von H. Strehl (Regensburg) las, der eine Entgegnung auf den in Nr. 22 des „Korr.“ veröffentlichten Artikel „Gesinnungsverwand, aber falsch orientiert“ gelten soll. Wenn man dabei auf eine Überschrift aus der Wortzeitung zurückgreift, so wird dieselbe damit nicht wahrer als zu jener Zeit. Dieser Kolof hat sich seit dieser Zeit von 67 000 auf über 90 000 Mitglieder vermehrt während sein Gespieler in der Zeit seit sich von 3500 auf 4000 Mitglieder großartig entwickelt hat. So sieht der Kolof auf tönernen Füßen in Wirklichkeit aus.

Dabei fällt dieser Strichfang in eine Tonart gegenüber dem Unterzeichneten, die viel eher als rüd zu bezeichnen ist, als die in dem erwähnten Artikel gebrauchte Sprache. Auch für uns gilt das Wort Bebel's: Solange mich der Gegner schmäht, bin ich am rechten Wege, beim Lob des Gegners muß man sich fragen, was für einen Fehler habe ich gemacht. Man macht den Verbandsfollegen Regensburg den Vorwurf, daß sie den Schreiber nach einjähriger Pause wieder zum Vorsitzenden berufen haben und damit den aus früherer Zeit als Bündlerfresser bekannten, zu seiner Hege gegen den Bund zu helfen und die Hege ihren Fortgang nehmen zu lassen. O Gedankenarmut!

Den Titel rabiatier Obergenosse akzeptiere ich aus dieser Feder als Ehrenbezeichnung, diese kann, so lange sie nicht zu Lüge und Verleumdung greift, den Schreiber nicht beleidigen. Sobald man aber, ob mit oder ohne besseres Wissen, Vorwürfe erhebt, als habe man unter Ausnutzung

seiner Position sich im Betriebe Kosten oder pekuniäre Vorteile verschafft, so geht dies gegen die persönliche Ehre. Ich erkläre den Verfasser dieses Satzes so lange als Verleumder, bis er entweder den Beweis für diesen Satz erbracht hat oder ihn zurücknimmt. Ich würde diese Worte nicht gebrauchen, wenn S. St. nicht behauptet hätte, er könne dies auf Grund erlangter Information, die weiter geht als die Verbandsgrößen vermuten, und wenn man will, könne er noch deutlicher werden. Heraus mit der Sprache!

Man spricht auch von einem Terror in den Verbandsdomänen gegen die armen Bündler, der wohl auch in Regensburg noch gänzlich beiseite gelassen werden muß. Man scheint das Verhalten der Verbandsfollegen, die genau die Grenzlinie zwischen Bund und Verband zu wahren wissen und jeden geschäftlichen Verkehr auf das unbedingt Notwendige beschränken, als Terror aufzufassen. Daß dies nur ein Reinheitsbedürfnis dieser Kollegen ist, sich mit Leuten, die in Organisationsangelegenheiten ihre Ehrenwort brachen, nicht abzugeben, dafür steht auf jener Seite das Verständnis. Ob zu einer Umstellung in der Richtung auf sich und sich auch die radikalsten Freigewerkschaftler wohl oder übel bequemen müssen, steht auf einem andern Blatt. Jedenfalls liegt dies nicht im Machtbereich des Kritikers, wenn er auch in seiner großprecherischen Art meint, alles erzwingen zu können, und ob in den Betrieben, wo Verbandsmitglieder die Mehrheit haben, die sozialen und tariflichen Interessen der Arbeiter besser oder schlechter gewahrt sind, als in Betrieben, wo der Bund die Mehrheit hat, darüber sind Leute nicht berechtigt zu entscheiden, deren Tätigkeit bei Verhandlungen im Interesse der Arbeiterchaft meist in Schweigen besteht und die es andern überlassen, zu tun, was not ist.

Was die Anberufung von Verbändlern zum Übertritt zum Bund, falls diese oder jene Stelle verschafft würde, anbelangt, so sind solche Dinge auch bei uns schon vorgekommen, da wir es aber abgelehnt haben, Brotmoralisten großzuziehen, konnte unsere Antwort nur lauten: wer nicht aus Überzeugung zu uns kommt, soll bleiben wo er ist. Damit waren solche Fälle für uns erledigt. Jedenfalls haben wir nie versucht, unter Hinweis auf Stellung Projektanten in den Reihen der Gegenorganisation zu machen, wie dies der Bund bzw. seine Größen teils selbst, teils durch Dritte (Geistliche usw.) getan hat.

Das Wort Renegat (Verräter) scheint dem Kritiker unbekannt zu sein, sonst ist es unerklärlich, daß er so die Begriffe verwirrt hätte, als es geschähe. Er bezeichnet es als Renegatentum, wenn man als Freigewerkschaftler in einem Betrieben steht, der für christliche Zwecke auf kapitalistischer Grundlage arbeitet, und zwar deshalb nach seiner Meinung, weil man als Freigewerkschaftler Armutfühlung mit der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterchaft, der Sozialdemokratie, hat, und durch deren Tätigkeit die Bekämpfung der eignen Existenz ermöglicht. Wie die Sozialdemokratie mit ihrer parlamentarischen Tätigkeit die Existenz der christlichen Betriebe gefährdet, bleibt wohl ewig Geheimnis dieses Schreibers. Wir glauben vielmehr, daß in einem demokratischen Staat Platz für alle ist, und wie ist es denn seit 1918, wo alle Beschränkung der Ordensgesellschaften und kirchlichen Gemeinden fielen, die unter früherer Herrschaft bestanden. Also, Herr Strehl, beweisen Sie den letzten Satz im vorletzten Absatz Ihres Artikels.

Wenn man dann noch im Schlußsatz sagt, daß es nur gut ist, und der Bund es auch noch erwidert, daß in erster Linie der christlich organisierte Buchdrucker in christlichen Tendenzbetrieben Heimatrecht erhält, zum Gegen des Berufs, so beweist das nur, daß für ihn als Doktrin gilt: „Was Brot ich esse, das Lied ich sing!“ Wohin dieser Satz führen würde, wenn er zum Prinzip erhoben würde, sind sich diese Leute nicht klar. In Zeiten wie jetzt, wo ein einziger oft fünf- bis sechsmal im Jahr die Kondition wechselt, müßte er ebensooft Partei und Gesinnung wechseln. Daß dies zur Einigung der Arbeiterchaft beitragen würde, bezweifle ich ganz entschieden. Man denkt eben nicht den Satz ganz zu Ende. Mit großen Worten und hohen Präsen hilt man sich über solche Dinge hinweg, die man nicht ausdenkt, weil sie sonst unangenehm würden.

Zum Schluß sei noch bemerkt, man hat dem Schreiber dieses viel zuviel Ehre angetan, wenn man glaubt, daß er allein der treibende Keil im Kampf gegen die unlauteren Machenschaften des Bundes ist. Gewiß hat mit meine fast zwölfjährige Tätigkeit auf vorgegebenem Posten Gelegenheit gegeben, die Dinge besser zu überblicken als es andern möglich war. Aber allein treibender Keil, das ist zuviel

der Ehre. Es ist bei uns nicht so, daß nur ein Kollege das Wort führt und nur seine Meinung gilt, sondern bei uns gilt das demokratische Prinzip, und wir haben mehr fähige Köpfe, als daß es nur Sache eines einzelnen ist, die Belange der Organisation am Ort zu wahren. Im übrigen zeichne ich meine Artikel, die sich gegen den Bund richten, immer und überall so, daß meine Tätigkeit erkennbar ist, um aber keinerlei Zweifel aufkommen zu lassen, zeichne ich mit vollem Namen und übernehme auch jede Verantwortung für das im Artikel Gesagte.

Regensburg. Michael Schneider.

Der Artikel „Gefinnungsverwand, aber falsch orientiert!“ in Nr. 22 des „Korr.“ hat den Ortsvereinsvorsitzenden des Gutenbergsbundes in Regensburg nicht ruhen lassen und trotz der Bemerkung, daß die „Schnierereien“ nicht eingehen zu wollen, gleich zwei ellenlange Artikel in Nr. 21 des „Regensburger Anzeigers“ und in Nr. 13 des „Typograph“ vom Stapel zu lassen. Ohne auf diese zuletzt genannten Ergüsse des näheren eingehen zu wollen, steht sich der Artikelverfasser des „Korr.“ insofern gezwungen, darauf zurückzukommen, als in den beiden Artikeln ganz erbärmliche Inrempfungen unfres verdienten Ortsvorsitzenden Schilder enthalten sind, die mit sachlicher gegnerischer Auseinandersetzung nicht das geringste zu tun haben. Festgestellt sei, daß die Mutmaßung von Bundesseite in bezug unfres Vorsitzendenwechsels fehl gehen. Eine Gemeinheit ist aber die Unterziehung, daß die Funktionstätigkeit persönlicher Vorteile halber erfolge. Ausgerechnet ein Herr Strehl erlaubt sich derartige Anspielungen. Wer nach dieser Richtung so im Glashaus sitzt wie Strehl, sollte das Werfen mit Steinen sein lassen.

Der „Korr.“-Artikel sollte keine Abrechnung, sondern nur eine Unterzeichnung von Tatsachen sein. Zur Abrechnung sind Berufe vorhanden. Aus diesem Grunde wird auch mit diesen Zeilen dieses Kapitel geschlossen werden, um nicht dem Herrn Strehl eine Plattform für eine feinen Ehregeiz Rechnung tragende Preßhebe zu geben, die noch dazu den Stempel der Ungleichheit trägt, da uns kein Internehmerorgan wie ihm zur Verfügung steht.

Was die Inrempfung betreffs der Fremdwörter anbelangt, so zeigt dieselbe Ihre „Küßler“-Persönlichkeit. Für einen Buchdrucker noch dazu! Dieses Armutsgewinn findet auf jene Befähigung in Ihrer Auffassung von dem Sinn des Wortes Menegat (Widrininger). Artikelverfasser legt keinen Wert darauf, seinen Namen unter einem von ihm verfassten Artikel zu lesen. Für die „Korr.“-Lese ist dies auch belanglos, nicht die Person, sondern die Sache ist das Ausschlaggebende und deshalb sei nochmals gezeichnet mit H.

## Sozialpolitik und bürgerliches Recht

### Der Arbeitslose in der Krankenversicherung

Eine wichtige Nebenleistung der Arbeitslosenversicherung ist die Versicherung der Arbeitslosen gegen Krankheit. Trotzdem die Materie erst in Nr. 22, Jahrgang 1930, des „Korr.“ eingehend behandelt wurde, machen die inzwischen erfolgten Gesetzänderungen und wichtige Entscheidungen der obersten Spruchbehörden eine Neubesprechung notwendig. Nach § 117 WVBVG. ist der Arbeitslose während des Bezugs der Hauptunterstützung für den Fall der Krankheit versichert. Mit dem Bezug der Hauptunterstützung tritt demnach automatisch die Versicherung gegen Krankheit ein. Nach der RWD. ist die versicherungspflichtige Beschäftigung die Voraussetzung der Versicherungs-

pflcht in der Krankenversicherung. Die Gleichstellung der Arbeitslosen mit den Pflichtversicherten führt nun § 118 WVBVG. dadurch herbei, indem er bestimmt, daß, soweit es sich um Rechte und Pflichten aus der Krankenversicherung handelt, an die Stelle der versicherungspflichtigen Beschäftigung der Bezug der Hauptunterstützung tritt. Nach ihm richten sich demnach insbesondere Beginn und Ende der Mitgliedschaft.

Nach § 60 WVBVG. wird neben Krankengeld, Wochengeld oder einer Ersatzleistung, die an die Stelle dieser Bezüge tritt, keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Während der ersten drei Tage der Arbeitsunfähigkeit wird bekanntlich kein Krankengeld gezahlt. Dies gilt grundsätzlich auch für Arbeitslose. Das Arbeitsamt zahlt jedoch während dieser Zeit die Arbeitslosenunterstützung weiter. Wird jedoch vom Beginn der Arbeitsunfähigkeit Krankenhauspflege gewährt, so ist diese nach einer Entscheidung des Spruchsenats vom 16. Oktober 1929 vom ersten Tage, ab als Ersatzleistung für Krankengeld anzusehen, auch wenn dem erkrankten Arbeitslosen für die ersten drei Tage ein Anspruch auf Krankengeld nicht zusteht. Unter Wochengeld im Sinne des § 80 ist nur das Wochengeld zu verstehen, das der Arbeitslose selbst bezieht. Beim Bezug von Familienwohnhilfe ist daher vom Arbeitsamt der Familienzuschlag fortzuschlagen.

Abweichend von der allgemeinen Regelung bestimmt nun § 120 WVBVG., daß als Krankengeld derjenige Betrag zu gewähren ist, den der Arbeitslose erhalten würde, wenn er nicht erkrankt wäre. Er erhält demnach Krankengeld in Höhe seiner Hauptunterstützung zuzüglich der Familienzuschläge. Nach der Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung soll der Arbeitslose weder einen Vorteil erzielen, noch einen Nachteil erleiden, wenn er erkrankt und arbeitsunfähig wird. Er soll weder der Versicherung ausgesetzt werden, wenn er Arbeitslosenunterstützung bezieht, sich fähig für krank ausgeben, noch soll er, wenn er wirklich erkrankt, durch die Nichtsicht auf die Bemessung des Krankengeldes bestimmt werden, die Krankmeldung zu unterlassen.

Nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 9. Oktober 1930 richtet sich die Höhe des Krankengeldes bei Arbeitslosen nach dem jeweiligen Betrag der Arbeitslosenunterstützung. Ein Arbeitsloser war während der Zeit der berufsunfähigen Arbeitslosigkeit, während welcher die Unterhaltungsätze erniedrigt sind, erkrankt. Die Krankentafel zahlte ihm nun während der ganzen Erkrankungsauer den zu Beginn gültigen Unterhaltungsatz als Krankengeld, ohne zu berücksichtigen, daß am 30. März die festgesetzte Dauer der berufsunfähigen Arbeitslosigkeit abgelaufen war. Der Arbeitslose beantragte nun ein Krankengeld, welches dem Unterhaltungsatz nach Ablauf der berufsunfähigen Arbeitslosigkeit entsprach. Das Reichsversicherungsamt verurteilte in letzter Instanz die Krankentafel antragsgemäß. In einer anderen Entscheidung vom 28. Oktober 1930 brachte das Reichsversicherungsamt zum Ausdruck, daß Teilunterstützung nur ein Krankengeld in Höhe der Teilunterstützung zu erhalten haben. Der Kläger erhielt als Teilunterstützung wöchentlich 2,04 M. Die Krankentafel zahlte ihm daher auch nur diesen Betrag als Krankengeld. Der Kläger forderte jedoch seinen vollen Krisenunterstützungsbetrag in Höhe von 14,68 M., weil auch entsprechend diesem Betrag für ihn Beiträge bezahlt seien. Versicherungsamt und Oberversicherungsamt gaben dem Kläger recht, weil § 120 WVBVG. nicht ohne weiteres auf die Krisenfürsorge angewendet werden könne. Das Oberversicherungsamt gab aber die Sache zur grundsätzlichen Entscheidung an das Reichsversicherungsamt ab.

Dieses entschied, daß ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Arbeitslosenunterstützung und Krisenunterstützung nicht bestehe. Die Höhe des Krankengeldes richtete sich grundsätzlich laut § 120 nach dem jeweiligen Betrag der Arbeitslosenunterstützung. Von dem gleichen Grundlag sei mangels einer anderweitigen gesetzlichen Regelung auch das Krankengeld der Empfänger der Krisenunterstützung zu bemessen. Der Empfänger einer Teilunterstützung habe somit nur ein Krankengeld in Höhe der bisherigen Teilunterstützung zu beanspruchen, wenigstens solange die für deren Festsetzung maßgebend gewesenen Verhältnisse sich während der Bezugszeit nicht ändern. Trete eine Änderung ein und würde infolgedessen die Krisenunterstützung, wenn Arbeitsunfähigkeit nicht bestände, zu erhöhen oder herabzusetzen sein, so sei auch das Krankengeld entsprechend zu bemessen.

In einem Bescheid des Reichsarbeitsministers vom 11. Dezember 1930 wird ferner gesagt, daß der gegen Krankheit pflichtversicherte Arbeitslose, falls ihm Renten oder sonstige nach § 112a auf die Arbeitslosenversicherung anzurechnende Bezüge zustehen, Anspruch auf Krankengeld nur in Höhe der nach § 112a verkürzten Arbeitslosenunterstützung hat.

Eine umstrittene Frage ist die Höhe des Hausgeldes für Arbeitslose. Nach § 188 RWD. ist als Regelleistung das halbe Krankengeld zu zahlen. Soweit die Krankentafel durch die Zahlung die Erhöhung auf Zweidrittel eingeführt haben, kommt dies auch den Arbeitslosen zugute. Strittig ist aber die Frage, ob auch eine Erhöhung des Hausgeldes durch Zuschläge für Verstärkte mit mehr als einem Angehörigen auf Arbeitslose anwendbar ist. Die abweichende Meinung geht dahin, daß die Gewährung von Zuschlägen eine doppelte Berücksichtigung des Familienstandes bedeute, was der Gesetzgeber nicht gewollt habe. Ferner dürfe nach § 194 Nr. 1 RWD. der Gesamtbetrag von Hausgeld und Zuschlag das „sachungsmäßige“ Krankengeld nicht übersteigen. Da es nun für Arbeitslose kein sachungsmäßiges, sondern nur ein geschickliches Krankengeld gäbe, wäre eine Grenze nicht festzustellen, man müsse deshalb von der Gewährung von Hausgeldzuschlägen an Arbeitslose absehen. Es ist zu erwarten, daß in dieser Frage bald eine höchstinstanzliche Entscheidung ergeht.

Die Zahlung der Krankentafel kann weiter Verstärkten, für die kein Hausgeld zu zahlen ist, neben der Krankentafelpflege ein Krankengeld bis zur Hälfte des geschicklichen Betrages zubilligen. Der Arbeitslose würde demnach im Höchstfalle die Hälfte seiner Arbeitslosenunterstützung als Tagesgeld erhalten können.

Besondere Beachtung verdient § 214 RWD. Hiernach verbleibt den Versicherten, die wegen Erwerbslosigkeit aus der Krankenversicherung ausscheiden und in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens sechswöchentlich Wochen oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen versichert waren, der Anspruch auf die Regelleistungen der Tafel, wenn der Versicherungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt. Nach § 118 Absatz 2 WVBVG. stehen nun dem Arbeitslosen die Rechte aus § 214 RWD. in derselben Weise zu, wenn er wegen Beendigung der Hauptunterstützung aus der Krankenversicherung ausgeschieden ist. Unerheblich ist dabei, aus welchem Grunde die Hauptunterstützung fortgefallen ist. § 214 RWD. ist demnach anwendbar bei Aussteuerung aus der Arbeitslosenunterstützung, bei Entzug der Unterstützung und während Sperrrisiken. Nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 4. März 1930 ist die Höhe des Krankengeldes eines ausgesteuerten Arbeitslosen dieselbe wie im Falle seiner Erkrankung während des Bezugs der Hauptunterstützung. Sinngemäß

## Verbesserung der Rechtschreibung

Um in unsre Rechtschreibung eine Wandlung oder Verbesserung zu bringen, werden in Buchdruckerkreisen jetzt verschiedene Vorschläge besprochen. Im „Sprachwart“ vom März haben wieder zwei Kollegen „neue Ideen“, ohne dabei die verantwortlichen Stellen anzugeben, die diese „Neuerungen“ einführen sollen. Auf der einen Seite wollen die „Kleinschreiber“ die Rechtschreibung dahin verbessern, daß sie eben alles klein schreiben, während andre eine einheitliche deutsche Rechtschreibung auf der Grundlage des „Duden“ mit Verbesserungen anstreben. Die Frage der Kleinschreibung ist durchaus nicht neu, denn als nach dem Weltkrieg so vieles Veraltete und überlebte mit Recht gestürzt wurde, wollte man auch an der deutschen Sprache gleich grundlegende Änderungen vornehmen, nach dem Grundsatz: „Schreibe wie du sprichst“. Alle Verdopplungen, der Mißlaute sollten verschwinden und alle Dehnungen und Verlängerungen der Selbstlaute sollten getilgt werden. Jedoch wurde dieser „radikale Fortschritt“ im Jahre 1919 von den Buchdruckern einmütig und ganz besonders von den Sprachwissenschaftlern abgelehnt. Auch der damalige Reichsschulrat lehnte jede Verbesserung der deutschen Sprache ab, besonders auf dem Gebiet der Kleinschreibung. Dennoch beschäftigten sich kleine Gruppen der graphischen Kreise in den folgenden Jahren 1920 bis 1922, in der Hausausstil mit der elementaren Typographie sich in Buchdruckerkreisen Eingang verschaffte, weiter mit der Kleinschreibung. Für den Seher und auch für die Korrektoren wären bestimmt viele Zweifelsfragen der Großschreibung und auch der Doppelschreibung behoben, was eine wesentliche Erleichterung bedeuten würde.

Jedoch — gegenwärtig haben aber wir Seher einen schweren Stand, denn solange nicht von Seiten des Reichsschulrats die Vorschriften für die Schulen erlassen werden und somit der Schriftföhrerlehre keine deutsche Sprachwortschatz von der Schule nicht in seinem Beruf verwenden kann, so lange ist die Kleinschreibung für den Seher eine doppelte Belastung in seinem Beruf. Wohl

könnte für denjenigen die Kleinschreibung eine Erleichterung sein, wenn er von der Schule die deutsche Sprache nicht anders kennt. Doch ist es für uns gegenwärtig bestimmt anstrengend, einmal in Kleinschreibung zu sehen, das andre Mal streng nach „Duden“.

In einigen der letzten Nummern von 1930 des „Sprachwarts“, den Sachmittellungen der deutschen Korrektoren, konnte man von einem weiteren Verbesserer der deutschen Sprache lesen. Wo soll das hinführen? Herr Maximilian Kofcher möchte unsre Dehnungs- und Verlängerungs-entfernen, und mit Strichen, Punkten und Doppelpunkten über den Buchstaben will er die Kürze, Halbänge und Länge des phonetischen Wertes der Selbstlaute ausgedrückt wissen. Dadurch entstehen selbst für den Deutschen ganz neue, mit Akzenten versehene Wortbilder, die den Eindruck einer fremden Sprache hervorrufen.

Wenn schon die Druckfäßen und Briefe des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker infolge der Kleinschreibung überall einen fremden Eindruck hervorrufen und teils auf Widerstand stoßen, so kann aber dieser Vorschlag im „Sprachwart“ von Herrn Maximilian Kofcher doch ganz unmöglich bei den Regierungsstellen gestützt werden. Aberhaupt haben beide Vorschläge, die Kleinschreibung sowohl als auch die Vorschläge des Herrn Maximilian Kofcher, insofern bei der Regierung auf Jahre hinaus gar keine Aussicht auf Anlang, als vor kurzem ein Versuch zur einheitlichen Verdeutschung der Fachwörter in der deutschen Sprachlehre im Einverständnis mit dem deutschen Innenministerium getagt hat. Also — wenn auf der einen Seite die Regierungsstellen bestrebt sind, die fremden und besonders lateinischen Ausdrücke in der deutschen Sprachlehre zu entfernen und somit der deutschen Rechtschreibung nach „Duden“ immer mehr den Weg zu verbreitern, so ist es doch zu verstehen, wenn alle andern Verbesserungen abgelehnt werden.

So unwahrscheinlich es klingen mag, so ist es doch Tatsache, daß dieser Ausschuß 680 deutsche Ausdrücke für die lateinischen Benennungen in der deutschen Sprachlehre vorgeschlagen hat. Ein großer Teil dieser Ausdrücke ist

zwar schon in den Volksschulen und somit in den sonstigen deutschen Sprachgebieten in Anwendung, dennoch sind noch neue dazu erbracht worden, und es ist und soll nun auch den deutschen Hochschulen möglich sein, den Deutschunterricht ohne fremde und besonders ohne lateinische Ausdrücke zu erteilen. Die noch üblichen und oft gebrauchten Wörter Komparativ und Superlativ sind durch die sehr verständlichen Wörter „Mehrstufe“ und „Wenigstufe“ ergänzt. Die Hauptwörter sind abgestuft in Sinnendwörter, Gedankendwörter, Kennwortbegriffswörter usw. Ebenso ist es bei den Tätigkeits- oder Zeitwörtern, die sich in zeitverändernde Zeitwörter, ziellose und zielende Zeitwörter, Zeitwortbegriffswörter usw. unterteilen.

Wenn man daher auf Regierungsseite, in Anregung von berühmten Sprachgelehrten und Schulmännern, wie Universitätslehrer Dr. Sütterlin, Oberstudiendirektor Dr. Bohnung, Ministerialdirektor Dr. Jahnke usw., bestrebt ist, die deutschen Ausdrücke in der deutschen Sprachlehre einzuführen und die deutsche Grammatik dadurch zu erleichtern, erscheint es doch ganz ausfichtlos, mit irgendwelchen andern Neuerungsversuchen an diese Stellen heranzutreten. Des weiteren ist doch zu bedenken, daß die bei den deutschen Bergleuten am Lager zu Tausenden liegenden Bücher nun nicht auf Grund „solcher Gedanken“ einfach als veraltet erklärt werden können und eingestampft sind. Die neuen Schulbücher müßten auch erst in der sogenannten „Verbesserung“ erscheinen. Wir als Buchdrucker werden kaum auf diesem Gebiete allein Wandel schaffen können, sondern solche Sprachneuerungen müssen gesetzlich mit der Schule eingeführt werden — und — da sind Generationen nötig, um einen Kulturschlag, die Sprache, zu wandeln. Es ist überflüssiger, geistiger Kräfteverbrauch, wenn man in Fachschriften Streikartikel und Erwiderungen wegen der Kleinschreibung veröffentlicht. Ebenso wurde in dem Vortrag vom Bildungsverband in Leipzig nicht ein einziger überzeugender Grund für die absolute Kleinschreibung angeführt. Auch kann man es als verfrüht bezeichnen, wenn die Rundschreiben

muß das gleiche gelten für Arbeitslose, die während einer Sperrfrist erkrankten.

Ausdrücklich bestimmt der Absatz 3 des § 214 RVD. nunmehr, daß der Anspruch nach § 214 fortfällt, sobald der Erwerbslose auf Grund der Arbeitslosenversicherung gegen Krankheit versichert ist. Das bedeutet, daß dann nur Krankengeld in Höhe der Arbeitslosenunterstützung beansprucht werden kann.

Wichtig ist, daß die Familienkrankenpflege nunmehr als Regelleistung gilt, so daß, wenn die Voraussetzungen des § 214 vorliegen und der Versicherte innerhalb der letzten sechs Monate mindestens drei Monate auf Grund eines Reichsgesetzes für den Fall der Krankheit versichert war, auch die Familienhilfe zu gewähren ist.

Zuständig für die Krankenversicherung der Arbeitslosen ist die Allgemeine Ortskrankenkasse, in deren Bezirk der Wohnort oder Aufenthaltsort liegt, der für die Zuständigkeit zur Gewährung der Arbeitslosenunterstützung maßgebend ist. Wird auf Antrag ein anderes Arbeitsamt als zuständig erklärt, so ist dieses auch für die Krankenversicherung maßgebend. Besteht für den Wohn- oder Aufenthaltsort keine allgemeine Ortskrankenkasse, so sind die Arbeitslosen Mitglieder der Landkrankenkasse. Arbeitslose, die vor Eintritt der Arbeitslosigkeit auf Grund des Reichs-Knappschaftsgesetzes gegen Krankheit versichert waren, sind Mitglieder der für den Sitz des Arbeitsamts zuständigen Bezirksknappschaft. Geleude, die bei der Seerkrankenkasse versichert waren, bleiben Mitglieder dieser Kasse. Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamts kann an Stelle der eigentlich zuständigen Orts- oder Landkrankenkasse aus besonderen Gründen eine andere Orts- oder Landkrankenkasse oder auch eine Betriebs- oder Zimmernkrankenkasse für zuständig erklären. Um eine zu starke Belastung durch plötzlichen Hinzutritt von laienfremden Arbeitslosen zu vermeiden, kann die an sich zuständige Kasse unter bestimmten Voraussetzungen beantragen, daß diese Arbeitslosen bei der Kasse versichert bleiben, der sie bis zum Eintritt der Arbeitslosigkeit angehörten.

Eine wichtige Bestimmung ist, daß Arbeitslose, die zur Fortsetzung oder Aufrechterhaltung einer Versicherung gegen Krankheit bei einer Krankenkasse nach der RVD. oder dem Reichs-Knappschaftsgesetz oder bei der Seerkrankenkasse berechtigt sind, dort Mitglieder bleiben können. Das gleiche gilt für Erlassklassen. Das bedeutet also, daß der Arbeitslose sich bei der bisherigen Kasse freiwillig weiterversichern kann, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Will der Arbeitslose hiervon Gebrauch machen, so muß ein solcher Antrag binnen einer Woche nach dem Antrag auf Arbeitslosenunterstützung gestellt werden. Hat er jedoch bereits Leistungen von der an sich zuständigen Kasse bezogen, so entfällt dieses Recht. Versichert sich z. B. jemand nach Eintritt der Erwerbslosigkeit in seiner bisherigen Lohnstufe freiwillig weiter, so hat er im Falle der Arbeitsunfähigkeit auch Anspruch auf ein dementsprechendes Krankengeld. Dies hat das Reichsversicherungsamt in einer Entscheidung vom 1. Oktober 1930 ausdrücklich anerkannt. In einem solchen Fall gelte die Sondervorschrift des § 120 RVDG. nicht. Dem Arbeitslosen werden im Falle der Weiterversicherung die Beiträge in der Höhe erseht, die die Reichsanstalt im Falle der Pflichtversicherung zu zahlen gehabt hätte. Er hat also die Mehrkosten selbst zu tragen.

Der Arbeitslose hat ferner das Recht, sich innerhalb drei Wochen nach Beendigung der Hauptunterstützung freiwillig weiterzuversichern, sofern die Voraussetzungen des § 313 Absatz 1 RVD. erfüllt sind.

und sonstigen Druckfachen vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker in der Kleinschreibung erscheinen, denn es ist doch unmöglich, daß jeder in Deutschland seine Rechtschreibung selbst macht. Lonangebend für richtige deutsche Rechtschreibung bleibt der „Duden“, und wir Buchdrucker sind froh, daß er in der Schule, bei den Behörden und in allem Handel und Wandel so viel Eingang gefunden hat. Nötig ist nur, daß am „Duden“ noch hier und da Verbesserungen (Verbesserungen werden in einer lebendigen Sprache immer nötig sein) angebracht werden. Hier könnte noch angefügt werden, daß alle Zweifelsfälle in Klein- oder Großschreibung immer klein zu schreiben sind. Auch die sogenannten Titelbezeichnungen, die bis jetzt groß geschrieben werden, zum Beispiel: Goldenes Horn, Neue Welt, Alte Welt, Altes Testament, Deutscher Reichstag, Goldener Schnitt usw. sind klein zu schreiben. Unterschiede zwischen der Beste und der Beste in der Klasse sollen wegbleiben; in allen Fällen ist klein zu schreiben. Kollege Oberiber bringt in der „Mat“-Spalte gute Verbesserungen, ebenso könnte man in der „Deutsch“-Spalte im „Duden“ verbessern und ohne Ausnahme alles „deutsch“ klein schreiben. Dies sind schon eine ganze Menge Verbesserungen in Kleinschreibung, aber ohne den Weg des Möglichen zu verlassen. Für diese Verbesserungen wird besonders das Deutsche Sprachamt wirken, das auf Grund einer Entschließung des Frankfurter Korrektorentages vom 1929 entfiel.

Um zu zeigen, daß die zuständigen Bearbeiter der Sprache, die Korrektoren, die ebenso wie die Seher wissen, was der deutschen Sprache nötig ist, soll nachstehend diese Entschlüsse bekanntgegeben werden, sie lautet: Die Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands hat gemeinsam mit dem Deutschen Sprachverein, einleitende Schritte vorzubereiten zwecks Errichtung eines Deutschen Sprachamts, das in Reichsrechtsverhältnissen als oberste Instanz zu gelten hat, und die Aufgabe angewiesen erhält, eine Einheitsrechtschreibung für alle deutschsprachigen Länder anzukämpfen unter Weglassung aller bisher zulässigen Doppelschreibungen. L. H. Fritsch (Leipzig).

# Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Paul Bräunlich in Breslau  
Eingetretener: 8. April 1871  
Seit Juvallde



L. Küchenmeister in Schwerin  
Eingetretener: 8. April 1871  
Seit Juvallde

# Fünzig Jahre Verbandsmitglied



Fr. Deuß in Frankfurt a. M.  
Eingetretener: 8. April 1881  
Vauersche Buchdruckerei



Anton Lenzen in Berlin  
Eingetretener: 9. April 1881  
Seit Juvallde



Richard Körner in Leipzig  
Eingetretener: 9. April 1881  
Spannerische Buchdruckerei in Leipzig



Eduard Schulze in Leipzig  
Eingetretener: 9. April 1881  
Seit Juvallde



Gust. Eichbaum in Leipzig  
Eingetretener: 9. April 1881  
Buchdruckerei Jungbluth in Leipzig



Th. Diekmann in Bielefeld  
Eingetretener: 10. April 1881  
Welhogen & Klasing in Bielefeld



### Antikele Glendstatistik der Arbeitslosigkeit

Die Statistik der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bringt den Nachweis, daß die Zahl der Arbeitslosen während des Jahres 1930 nur vorübergehend und nur wenig unter drei Millionen gesunken war, daß sie Ende 1930 4 383 843 und Ende Januar 1931 4 886 925 betrug. Seitdem ist die Zahl der Arbeitslosen weiter gestiegen. Am 15. Februar 1931 erhielten von den Arbeitslosen nur wenig mehr denn drei Fünftel Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung oder der Krisen-

fürsorge. Und ein erheblicher Teil der Unterstützten stand kurz vor der Aussteuerung! In diesem Glendbilde sind die unterstützten Kurzarbeiter, die erwerbsunfähigen Arbeitslosen und die Notstandsarbeiter noch unberücksichtigt geblieben.

Am 15. Oktober 1930 gab es in der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge zusammen 1 979 979 Hauptunterstützte (ausschließlich der Kranken, der Notstandsarbeiter und der Kurzarbeiter). Ihre Zahl stieg bis zum 15. Januar 1931 auf 3 137 796, und diese verteilten sich auf die einzelnen Lohnklassen wie folgt:

Klasse	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	Gesamtunterstützte
	bis 10 M.	über 10 bis 14 M.	über 14 bis 18 M.	über 18 bis 24 M.	über 24 bis 30 M.	über 30 bis 36 M.	über 36 bis 42 M.	über 42 bis 48 M.	über 48 bis 54 M.	über 54 bis 60 M.	über 60 M.	52 306
												106 527
												137 024
												315 785
												376 146
												511 130
												441 944
												382 211
												295 653
												224 085
												294 385
												zusammen 3 137 796

Die Hauptgeschäftsstelle der Reichsanstalt hat auch die fortlaufenden Angaben der deutschen Gewerkschaften über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ihrer Mitglieder statistisch bearbeitet, wobei zwischen einer Konjunkturgruppe und einer Saisongruppe unterschieden worden ist. Unter die Saisongruppe fällt die Industrie der Steine und Erden (ausschließlich Glas- und Porzellanindustrie) sowie das gesamte Baugewerbe einschließlich der Zimmerer, Maler und Lackierer und der Dachdecker. Von hundert erfassten Gewerkschaftsmitgliedern der Konjunkturgruppe waren im Dezember 1930 24,1 Arbeitslose und 20,1 Kurzarbeiter; in der Saisongruppe hingegen gab es zu derselben Zeit unter 100 Mitgliedern 64,8 Arbeitslose und 2,5 Kurzarbeiter.

Im Berufsvervielfältigungsgewerbe sah es bei den freigewerkschaftlich organisierten Lithographen und Buchdruckern am schlimmsten aus. Die Lithographen hatten im Dezember 1930 unter 100 Mitgliedern 25,7 Arbeitslose und 13,0 Kurzarbeiter. Auch bei uns Buchdruckern haben sich die Arbeitslosenziffern im Jahre 1930 ununterbrochen verschlimmert. Von je 100 Verbandsmitgliedern waren

	Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Ok.	Nov.	Dez.
Arbeitslos	12,6	13,0	13,1	13,1	13,4	14,5	15,6	18,1	19,8	20,6	20,2	22,0
Kurzarb.	1,6	1,5	1,8	1,1	1,0	1,3	1,8	2,6	4,0	4,9	4,4	4,4

Danach waren im Dezember 1930 mehr als ein Viertel unserer Kollegen arbeitslos oder sie waren als Kurzarbeiter erheblich im Lohn herabgedrückt.

Nicht minder beachtenswert ist die Statistik, die die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auf Grund der Mitgliederstandsberichte der deutschen Krankenkassen aufgemacht hat und die das frappierende Ergebnis brachte, daß die Zahl der beschäftigten Krankentafelmitglieder längst nicht in dem Grade gesunken ist, wie es das Fünfmillionenheer der Arbeitslosen erwarten ließ. Die reichsgesetzlichen Krankenkassen und die Erlassklassen, die zusammen alle versicherungspflichtigen Personen erfassen, hatten 1930 durchschnittlich 21 662 066 Mitglieder, darunter 7 545 209 weibliche. Ohne die arbeitsunfähigen Kranken, ohne die Wöchnerinnen, ohne die Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, die vom Arbeitsamt gegen Krankheit versichert sind, und ohne die freiwillig Versicherten hatten die reichsgesetzlichen Krankenkassen und die Erlassklassen zusammen 1930 durchschnittlich 18 775 191 beschäftigte Tafelmitglieder, von denen 6 750 230 weibliche waren. Dazu kommen durchschnittlich 852 812 vorübergehend arbeitsunfähige Kranke und Wöchnerinnen, so daß sich für 1930 durchschnittlich 19 628 003 versicherungspflichtige Mitglieder ergaben. Selbst wenn wir den Erlassklassen hoch gegriffen und 2½ Millionen versicherungspflichtige zuzählen, bleiben für die reichsgesetzlichen Krankentafeln noch rund 17 Millionen versicherungspflichtige Mitglieder übrig. Da sich deren Zahl von 1924 bis 1928 um 16% auf 18½ Millionen erhöhte, sind bis Ende 1930 rund 3¼ Millionen versicherungspflichtige Personen weniger aus der regulären Versicherung ausgegliedert als arbeitslos geworden sind. Mit anderen Worten: die auf Lohnarbeit angewiesene Bevölkerung hat sich erheblich vermehrt! Mit dieser Feststellung wird zugleich bewiesen, daß das kapitalistische System bei gleichbleibender oder gar verlängerter Arbeitszeit absolut unfähig ist, der noch weiter zunehmenden, nach Lohnarbeit verlangenden Bevölkerung eine menschenwürdige Existenz zu bieten.

## Korrespondenzen

E. G. Berlin. (Korrektoren.) Am 22. März fand eine Besichtigung des Parteiarchivs des Sozialdemokratischen Partei im Hiesigen „Vorwärts“-haus in der Lindenstraße statt. Der Vorsteher J. von Hirtgen gab zunächst einen kurzen geschichtlichen Rückblick über die Entstehung des Archivs. Die ersten Anregungen, eine Stelle zu schaffen, die Parteiliteratur zu sammeln und sie einer späteren Generation zugänglich zu machen, gingen von August Bebel im Jahre 1877 aus. Obwohl der Plan allseitige Zustimmung fand, so scheiterte seine Ausführung infolge des im Oktober 1878 verhängenen Sozialistengesetzes. Erst nachdem die Partei sich in Zürich gesammelt und befestigt hatte, nahm Hermann Schlüter den Gedanken wieder

auf. An Stelle der ursprünglich geplanten Parteibibliothek beschloß man die Errichtung eines Parteiarchivs. Edward Bernhein wurde mit der Eintragung der Eingänge und der Verwertung betraut. Erst nach dem Fall des Sozialistengesetzes erfolgte die Überführung der Präliminalsammlung nach Berlin, wo diese zuerst in der Bibliothek von Hugo Heimann in der Alexanderstrasse und nach mehrmaligem Wechsel der Unteruntersysteme im „Vorwärts“-haus ihre bleibende Stätte gefunden hat. Die Bibliothek nimmt den ganzen Seitenflügel des vierten Stocks im ersten Hof ein und umfaßt etwa 30 000 Bände. Regale von ansehnlichem Ausmaß sind angefüllt mit Büchern, Zeitungen und Zeitschriften. Klebige Schränke sind beladen mit Prospekten, Flugblattsammlungen und Materialien aller Art. Infolge der Eigenart ihrer Zweckbestimmung finden wir hier eine Literatur vor, mit der wohl keine andre Bibliothek der Welt in Wettbewerb treten kann. Denn außer den Werken des Frühsozialismus bis zu den neuesten Erleuchtungen des Marxismus und Antimarkismus sind alle letzten Gebiete der Wissenschaft vertreten. Besonders sind es die alten und ältesten Zeitungen und Zeitschriften aus der Sturm- und Drangperiode der Sozialdemokratie, die den kostbaren Wert der Archivsammlung jedem Besucher unwillkürlich aufdrängen. Einige Bände der von Karl Marx gegründeten „Rheinischen Zeitung“ sind im Manuskriptverfahren naturgetreu reproduziert. Gelehrte aus allen Ländern der Welt besuchen das Archiv und arbeiten hier monate- und jahrelang, da die Bände als Unwesenheitsbibliothek nicht ausgeliehen werden. Neuerdings werden von seltenen Sachen, ungedruckten Briefen usw., häufig photographische Reproduktionen angefertigt, so wurde z. B. für das Marx-Engels-Institut in Moskau der gesamte Nachlaß von Karl Marx auf diese Weise reproduziert. Drei große feuerfeste Panzergehäuse erregten lebhaft unsere Aufmerksamkeit. Einer davon enthält die Erlausgaben von Marx und Engels, Schriften von Weitling, Bruno Bauer und Arnold Ruge. Doch in der Hauptsache sind es die berühmten Zeitungen und Zeitschriften aus der Frühzeit des Sozialismus. Im zweiten Schrank ist der viel bewunderte handgeschriebene Nachlaß von Marx und Engels untergebracht, der zum Teil noch ungedruckt ist. Mit Korrekturen betrachteten mit großem Interesse die vielen eng- und kleingeschriebenen Skizzen, die heute im Zeitalter der Schreib- und Notationsmaschinen wohl kaum von der Handchrift herzustellen wären. Außer diesen Nachlässen begegneten wir hier der Briefsammlung des Archivs. Um sie zu veranschaulichen, sei vermerkt, daß eine gewandte Maschinenschreiberin bei regulärer Arbeitszeit Monate gebraucht, um den Briefwechsel Engels-Bebel und umgekehrt für den Biographen Engels' abzuschreiben. In einem Nebenzimmer sind riesengroße Porträts von Marx, Engels, Lassalle und Bebel aufgestellt, ebenso große Wägen, die teilweise für das Marx-Museum in Trier bestimmt sind. Beträchteten wir noch die Plakate, Photos und Bildsammlungen, so haben wir uns überzeugt von der Vielfältigkeit des Archivs der SPD.

**Breslau.** Unsere Generalversammlung am 15. März hatte einen sehr guten Besuch zu verzeichnen. Nach Erledigung von Aufnahmen und Ausschüssen von Restanten erstattete Vorsitzender S p o r n den Jahresbericht. Er wies auf die in diesem Ausmaß noch nie bekannte riesige Arbeitslosigkeit hin und streifte kurz die sozialen Verhältnisse, die der Arbeiterschaft durch die Notverordnungen und den Lohnabbau auferlegt worden sind. Unter diesen Umständen mußte die Haupttätigkeit des Ortsvereins vorerst auf Linderung der Arbeitslosigkeit eingestellt sein. Durch Verhandlungen mit der Prinzipalität, dem Arbeitsamt und sonstigen Instanzen wurde versucht, die Rückke zur kurzfristigen Arbeitslosigkeit zu unterbinden und eine gerechte Vermittlung zu erreichen. Die Überstundenfrage hat uns fast nicht mehr beschäftigt, sie kann für Breslau als gelöst betrachtet werden, desgleichen die tarifliche Maschinenbedienung. Das Berechnen des Telefonabrechens wurde abgeschlossen, und bei der Herstellung des Abrechens wurde eine Verständigung dahingehend getroffen, daß ein bestimmter Maximalerwerb im Berechnen nicht überschritten werden dürfte. Auch durch diese Maßnahmen konnten eine Anzahl Kollegen mehr als sonst untergebracht werden. Die Zusammenarbeit mit den Sparten und dem Gewandverein „Gutenberg“ war, wie immer, gut. Letzterem auch an dieser Stelle herzlichen Dank für seine selbstlose Mitwirkung bei den verschiedensten Betanfassungen des Ortsvereins. Den Kollegen des Beihilfsabteilungsvorstandes gebührt ein besonderes Lob, denn durch ihre aufopfernde Tätigkeit wurde der mit Verwaltungsverantwortung beauftragte Ortsvereinsvorstand fähigster Sorgen um die Beihilfsabteilung entbunden. Auch einigen Erläuterungen über den Kassendienst und einem Nachtrag für die im Geschäftsjahr verstorbenen 16 Kollegen (schloß der Vorsitzende seinen Bericht mit dem Wunsch, daß es der Einigkeit und Geselligkeit der Kollegen im kommenden Jahr gelingen werde, alle Hindernisse zu überwinden. Viel Antrag der Revisionen wurde dem Kassierer und auf Antrag aus der Versammlung dem Vorstand einstimmig Entlassung erteilt; ebenso erfolgte einstimmige Wiederwahl des Gesamtverbandes. Unter Punkt „Anträge“ erklärte sich die Versammlung mit dem Antrag des Bezirks Wilschdorf solidarisch und fordert einen außerordentlichen Verbandstag. Auch der Antrag der Betriebsversammlung der „Schleiferei Volkseigen“, der scharfe und gemeinschaftliche Verzichtstatung des „Korr.“ bei tätlichen und außertariflichen Bewegungen fordert, wurde einstimmig angenommen. Aber weitere sechs Anträge, eingegangen von der Opposition, beschloß die Versammlung Übergang zur Tagesordnung. Es folgte noch die Erledigung einiger interner Mitteilungen und Fragen.

**W. Breslau.** (S a n d f e r e r.) Vom Werdegang der Buchdruckern, ein Lehrfilm der Bertold AG. und „Die Ludlow und ihre Arbeitsgebiete“, ein Lichtbildvortrag der Mergenthaler, waren die Hauptpunkte unserer beiden letzten Versammlungen. Das Interesse unserer Mitglieder war vor allem bei dem Vortrag der Mergenthaler ein gutes. — In der Jahresversammlung in m l u n g erstatteten die Kollegen F e i g e und W i s e den Jahresbericht. In Kürze fand noch einmal all das Erwähnung, was im Laufe des vergangenen Jahres an Arbeit innerhalb der Breslauer Vereinigung und darüber hinaus im Gange blieb selbst geleistet wurde. Das Erreichte dieses Berichts war die Tatsache, daß wir trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse unsere Mitgliederbestand weiter steigern konnten. Vor allem aber wurde die im verfloßenen Jahr sehr gute Ausbreitung der Bewegung im Gau gewürdigt, wozu eine Agitationstour des Zentral-

kommissionsvorsitzenden Fiedler (Berlin) den Anstoß gab. Die Kassenerhältnisse sind, nachdem uns gerade die letzten Monate des Berichtzeitraumes größere Ausgaben bescherten, wieder ins Stadium der Geländung getreten. Neu in den Vorstand wurden zwei Kollegen für nicht wieder kandidierende Bestiger gewählt. Der übrige Vorstand sowie die bisher amtierende Beihilferkommission und die Kassierprüfer wurden wieder bestätigt. Neu hinzugekämmt in die Kommission wurden zwei Kollegen und ein Kassierprüfer. Aus der übrigen reichhaltigen Tagesordnung wäre noch zu erwägen ein Bericht des Vorsitzenden über die erfolgten Schritte der Vereinigung bei Breslauer Geschäftshäusern gegen den Waternung und eine rege Aussprache über die sich bereits wieder herausstellende unzulängliche Neufassung des § 3, Absatz 7. Kollegen aus dem Bezirk Breslau-Land, aus den Orten Oels, Wartenburg und Jelenberg, nahmen an der Hauptversammlung teil.

**Danzig.** (D r u c k e r.) Eingangs unserer Generalversammlung, an welcher die Kollegen Töpfer und Marquardt vom Gauvorstand sowie die Vertreter der einzelnen Sparten teilnahmen, ging Vorsitzender S e n g e r auf die Ereignisse des letzten Jahres ein. Wie in den letzten Jahren, so hatten auch 1930 vier Drucker unter der großen Arbeitslosigkeit zu leiden. Durchschnittlich waren 20 bis 25 Proz. der Drucker arbeitslos. Für die Technische Kommission sprach Kollege M. P e r l i c h über die geleistete Arbeit im verfloßenen Jahr. Durch eine Reihe guter Vorträge ist der Zweck unserer Zusammenkünfte, unsere Mitglieder beruflich auf dem laufenden zu halten und weiterzubilden, erfolgt. Den Jahresbericht erstattete Kollege D i s s e n. Die Kasse weist einen Bestand von 480 Gulden auf. Im Mittelpunkt der Versammlung stand der auf beachtenswerter Höhe stehende Vortrag über „Bildungsprobleme und Buchdrucker“ des Kollegen G u z i e w s k i. Nebener führte etwa folgendes aus: Durch die heutigen geistigen Strömungen der Gesellschaft sind die Buchdrucker gezwungen, dem Ganzen zu dienen. Nur unter dieser Bedingung sind die Druckerzeugnisse nicht nur aus Papier und Farbe bestehen, sondern auch einen geistigen Inhalt haben, und dieser geistige Inhalt ist es, der eine starke Verbundenheit mit den Bildungsproblemen herbeiführt. Darum ist bei den Buchdruckern für Utopien wenig Spielraum. Das zeigte sich schon bei der Gründung des Verbandes. Die Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Entwicklung nicht von der politischen Seite zu beeinflussen war, zwang die Buchdrucker zum eignen gewerkschaftlichen Organisationsaufbau. Die Buchdrucker waren die ersten, die ihren Unternehmen ein Mitbestimmungsrecht in den Betrieben auf tariflicher Grundlage abringen konnten, und sie können als die Vorläufer des Arbeitsrechts angesehen werden. Wie tief die allgemeine und berufliche Bildung und Fortbildung bei den Buchdruckern verwurzelt ist, zeigt sich besonders in der engen Anpassung an die technische Entwicklung des Berufs, die mit allen diesen technischen Entwicklungen entstehenden Anforderungen fordern auch berufliche Fähigkeiten. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, haben sich die einzelnen Sparten gebildet. Die Drucker vereinigten heute etwa 70 Sparten in ihrer Sparte. Neben den Sparten besteht der Bildungsverband, der in der gesamten Arbeiterbewegung Anerkennung verdient. Einfluß und Mitbestimmungsrecht in den Fachschulen zu erlangen, ist mit einer der Bildungsaufgaben der Buchdrucker. Die größte Aufgabe bildet die Durchbildung der Lehrlinge. Berufliche, allgemeine und gewerkschaftliche Bildung waren von jeher die Hauptaufgaben des Verbandes. Die Lösung der sozialen Frage bildet den theoretischen Überbau. Einen wesentlichen Teil der Buchdrucker hindert es aber nicht, sich in allen erdenklichen Wissensgebieten umzusehen, darum ist in Buchdruckerkreisen auch die Auffassung vertreten, daß die Demokratisierung nicht von oben herab befördert werden kann, sondern nur durch Stärkung des gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Drucks von unten her wird zur Reife kommen können. Wir Buchdrucker sind mit Karl Marx der Ansicht, daß die Befreiung der Arbeiterklasse aus privatrechtlichen Fesseln nur das Werk der Arbeiterschaft selbst sein kann. Dielem Ziele dienen unsere beruflichen und gewerkschaftlichen Bildungsbestrebungen. Von den angenommenen Anträgen direkt nachstehende allgemein interessieren. Es wurde beschloßen, 100 Gulden für die Kosten für Anschaffung neuer Fachliteratur usw. zu bewilligen. Ferner wurde beschloßen, eine Statistik sämtlicher Maschinen sowie der bedienenden Drucker anzunehmen, um hierüber zu versuchen, arbeitslose Kollegen unterzubringen. Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Besetzung wieder bestätigt. In die Technische Kommission wurde Kollege G u z i e w s k i neu gewählt.

**Hamburg.** (D r u c k e r.) Unsere Märzversammlung wurde durch einen hochaktuellen Vortrag des Herrn O b e r i n g e n i e u r s W o l f (Augsburg), mit Lichtbildern und Film, im Gewerbehaus abgehalten. Vorsitzender P e i n d o r f wies auf die heutige schwierige Lage hin, wo die Technik rasende Fortschritte macht. Daher sei es Pflicht eines jeden Druckers, sich über den Werdegang der neuen Maschinen zu unterrichten. An einem technischen Vortrag sollten alle Drucker teilnehmen. Von über 700 Mitgliedern waren dem Ruf des Vorstandes etwa 450 Kollegen gefolgt. Oberingenieur Wolf zeigte einleitend durch eine Reihe von Lichtbildern verschiedene Maschinensysteme mit ihrer Anlage und Auslage. Das Nützlichste wäre immer noch nicht gefunden, um das Verdrängen der Drucker vollständig zu besiegeln. Etwas Neues in dieser Hinsicht brachte nun die W.M. in ihrer Chromotypiegeschleifpresse „Miraman“ heraus. Der Bogen wird, bevor er von den Greifern wie üblich losgelassen wird, von einer andern Greifervorrichtung erfaßt. Diese bringt den Bogen in eine senkrechte Lage. Eine aufgerollte Kuffe bringt dann durch Wollen den Bogen in eine waagrechte Lage, und der Bogen wird so auf die Frontbogenanlage gelegt. Über die Frontbogenanlage ist ein an- und abnehmbarer Tisch angebracht, der zum Einschleifen dient. Weiter wurde die Zweitstufenmaschine „Bollantomat Poly“, Format 340 mal 480 mm, behandelt. Schon das Äußere der Maschine, der Unterbau, der aus einem starken Gußeisen besteht, sowie das Kurzgebundene und die handliche Arbeitsweise machen einen guten Eindruck. Die Bewegung des Karrens erfolgt symmetrisch auf beiden Seiten durch schwingende Zahnsegmente, die mittels Gabeltrabs gesteuert werden. Das schwingende Gabeltrab wird durch zwei entgegenlaufende Zahnräder in Bewegung gesetzt. Die Walzen haben einen einheitlichen Durchmesser, um das Auswechseln für die verschiedenen Alis-Anlegeapparate für den Sauger bevorzugt. Die

Bogenauslage mit dem Druck nach oben ist eine Frontauslage. Durch Hochklappen des Eins- und Ausschleifendes ist der Zylinder freigelegt, so daß ein gutes Zurückgehen daran ausgeführt werden kann. Sodann wurde noch ein sehr gut gelungener Film von der Maschinenfabrik vorgeführt. Dem Referenten wurde durch wohlwollenden Beifall gedankt.

**Hamburg-Altona.** (Schriftgießer.) Unsere Generalversammlung am 28. Februar erreichte eines guten Besuchs. Als Referent war Kollege E. S c h o d e r (Berlin) von der Zentralkommission erschienen. Er hielt uns einen interessanten Vortrag über das Thema: „Die Werkstoffe und das Schriftgießergewerbe“. Seinen anerkennenswerten Ausführungen folgte die Verammlung mit großer Aufmerksamkeit. Anschließend gab Kollege Schoder noch einen kurzen Bericht über unsere Lohnverhandlungen. Derauf erstattete unser Beihilfenvorstand den Jahresbericht. Demselben war zu entnehmen, daß sich der Geschäftsgang in Hamburg dem Vorjahr gegenüber noch verschlechterte, hatten wir doch am Ende des Jahres 37 arbeitslose Mitglieder, wovon ein größerer Teil ausgeschleift ist. Den halbjährlichen Jahresbericht gab der Kassierer. Infolge der großen Arbeitslosigkeit und dauernder Kurzarbeit waren ein starker Rückgang der Vereinsbeiträge und somit ein Defizit zu verzeichnen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes besloß den alten Vorstand auf seinem Posten. Die einzelnen Bestiger wurden in den am Orte befindlichen drei Betrieben gewählt. Nach Erledigung einiger kleiner Angelegenheiten dankte der Vorsitzende dem Kollegen Schoder im Namen der Versammlung für seine interessanten Ausführungen und verwies auf die bevorstehenden Betriebsratswahlen.

**Kaiserslautern.** Unsere Bezirks-Hauptversammlung am 15. März hatte einen guten Besuch aus allen Druckerorten unseres Bezirks aufzuweisen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Er kam hierbei auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des abgelaufenen Jahres zu sprechen und wies auf die ständige Zunahme der Arbeitslosen hin, was ein fortwährendes Ansteigen der Leistungen der Massen im Gefolge hatte. Demgegenüber sei seit der Einführung der Notverordnungen eine bedeutende Abnahme der Krankheitsmeldungen zu verzeichnen. Eine Aktion von Seiten der Inhaber einer hiesigen Druckerei, auf einen Abbau der Leistungsanlagen hinzielend, die anfänglich an der Einigkeit des Personals scheiterte, führte in ihrem weiteren Verlauf dazu, daß, nachdem durch das Nachgeben eines Kollegen gegenüber der Geschäftsleitung in diese Einigkeit eine Breiße gelegt worden war, gewisse Konzeptionen von einem Teil des Personals gemacht werden mußten. Zum Jahresbericht, der gedruckt vorlag, machte der Kassierer einige Ergänzungen. Er erwähnte insbesondere die Betrauung der einzelnen Druckereien, die die Bezugs- und Extrabeiträge auf Grund der vom Verbandsvorstand herausgegebenen Bestimmungen erfolge. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung hielt der Geschäftsführer der hiesigen Druckerzentralkasse, Herr Direktor U n g l o r b, ein Referat über „Kritische Betrachtungen zur Reform der Sozialversicherung“. Die Ausführungen des Referenten zielten dahin, daß die Arbeiterschaft heute mehr denn je versuchen sollte, in die Materie der Sozialpolitik einzudringen. Wäre auch in fünf Jahrzehnten ein solches Gebäude auf dem Gebiet der Sozialversicherung aufgeführt worden, so wäre doch noch manches kritisch zu beleuchten. So sei z. B. die Zahl der Krankenkassen in Deutschland, die der Referent mit 7760 angab, außerordentlich überhöht. Es müßte eine wesentliche Berichtigung des ganzen Verwaltungsapparats eintreten, damit die Leistungen der Massen qualitativ besser würden. Nur große, leistungsfähige Krankenkassen könnten den Versicherenden das geben, was notwendig sei. Im übrigen ließe die deutsche Sozialversicherung noch viel zu sehr den Wünschen der Unternehmer angepaßt und außerdem über der Art, der Art der heutigen Sozialversicherung, einen Einfluß bis zu 75 Proz. aus. Diejenige allen müsse die Forderung auf Ausbau des Selbstversicherungsrechts für den Arbeitnehmer entgegengesetzt werden, um die bestehenden Hemmnisse in der Sozialversicherung zu beseitigen. Die sozialpolitische Arbeit der Zukunft müsse darauf hinielen, Krankheiten zu verhüten und den Übergang zum Prinzip der Menschonomie zu schaffen. Der Referent erteilte starken Beifall. In der Diskussion wurde die Forderung vertreten, daß eine allgemeine Renteinstellung geschaffen werden möge, in der der Arbeiter mit dem Beamten gleichzustellen sei. Im weiteren Verlauf der Versammlung gab der Vorsitzende zur Feier des 60jährigen Bestehens des Bezirksvereins, die am 15. und 16. August d. S. stattfinden soll, nähere Erläuterungen. Die Festkommission wurde ermächtigt, die Durchführung in der beschäffigten Weise vorzunehmen. Der Vorstand hatte einen Antrag eingebracht, das Ortsgebiet für durchreichende Kollegen etwas zu ermäßigen, da im abgelaufenen Jahr mehr als zwei Drittel der Einnahmen der Bezirkskasse für diesen Zweck aufgewendet werden mußten. Die Versammlung besloß jedoch mit überwiegender Majorität diesen Antrag ab, was zur Folge hat, daß es bei dem Betrag in der bisherigen Höhe bleibt.

**Kölnberg.** (D r u c k e r.) Unsere diesjährige Frühjahrsversammlung fand am 15. März in Kölsberg statt. Güte und Mitglieder waren in stattlicher Zahl der Einladung gefolgt, und mit herzlichen Begrüßungsworten eröffnete der Vorsitzende die Versammlung. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles folgte der Situationsbericht, in welchem der allerorts überhandnehmenden Arbeitslosigkeit Erwähnung getan wurde, die auch in unsern Reihen zahlreiche Opfer gefordert hat. Zufriedenstellend sind die Kassenerhältnisse. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Kollege B o e w e r vom Kreisvorstand Berlin sprach anschließend über das Thema „Der Tiefdruck“. Er schilderte dessen Entstehung und führte an anschaulichem Material den Werdegang des Tiefdruckes den Kollegen vor Augen. In Hand von wohlwollenden Druckern wurde der den scharfen Konkurrenzkampf zwischen Buchdruck und Tiefdruck. Im zweiten Vortrag, „Neueste Alis-Anlegeapparate“, wurden die Kollegen mit den neuesten Erfindungen im Apparatebau vertraut gemacht. In abwechselnder Reihenfolge sprach Redner über Arbeitsgang und Bedienungsanweisung der einzelnen Systeme, über auftretende Störungen, Verarbeitung der einzelnen Papierarten usw. Eine reichhaltige Druckausstellung, von den Farbenfabriken Gebr. Hoffmann und Gebr. Hartmann zur Verfügung gestellt, beschloß die Versammlung.

**Köln.** (Korrekturen.) Unsere Versammlung am 14. März gedachte zunächst ehrend des vor kurzem verstorbenen Kollegen Wentges. Der Vorsitzende hob in einer kurzen Ansprache die Verdienste des Verstorbenen hervor, der sich in der Sparte immer eifrig betätigt und auch als Vorsitzender vorbildlich gearbeitet habe. Nach dem Bericht der Rechnungsprüfer wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Darauf folgte die Wahl zweier Rechnungsprüfer, zweier Beisitzer und eines Schriftführers. Der Vorschlag eines Kollegen, den Beitrag herabzusetzen, fand keine Unterstüzung. In die Besetzung eines Manuskriptvortrages von Grams (Berlin), „Buchdrucker und Kleinschreibung“, der von der Rundsendung „Druckmaschinen“ in anschaulicher Weise ergänzt wurde, schloß sich eine lebhafteste Aussprache. Nachdem verschiedene Kollegen dafür und dagegen gesprochen hatten, wurde ein Antrag auf Schluß der Aussprache gestellt, aber abgelehnt. Eine geringe Anzahl Kollegen war ganz gegen die Kleinschreibung, während vor allem die Mitglieder des Bildungsverbandes die Einführung der Kleinschreibung begrüßten. Ein Kollege schlug vor, die Großbuchstaben bei Satanfängen und Eigennamen beizubehalten. Der größte Teil der Versammlung war der Meinung, daß die Kleinschreibung wohl Vorteile brächte, riet aber doch davon ab, sich zu stark dafür einzusetzen, um nicht noch größere Arbeitslosigkeit, vor allem bei den Schriftsetzern, zu verursachen. Eine vorläufige „Rözung“ fand dieses Problem mit der Anregung eines Kollegen, erst einmal führende Persönlichkeiten Kölns zu bitten, sich hierzu zu äußern. Eine der nächsten Versammlungen wird sich dann nochmals mit diesem Thema beschäftigen.

**Köln.** (Schriftsetzer, Stereotypure und Galvanoplastik.) Am 8. März fand in Essen die Hauptversammlung unserer Gauenreinigung statt. Ungefährlich der 25-Jahrfeier der Gauenreinigung sowie des Bezirksvereins Essen trug sie den Charakter einer Jubiläumsversammlung. In stattlicher Anzahl leitete der Essener Gesangsverein „Typographia“ die Tagung mit zwei Chören ein. Außer dem Kollegen Böhmung vom Essener Bezirk waren noch verschiedene Spartenvertreter zur Begrüßung erschienen. Nach der üblichen Begrüßung durch Kollegen Steinlapp hieß Kollege Henrich vom Essener Spartenbezirk die Tagung willkommen und begrüßte u. a. die Vertreter der Firmen Wesselsfeld-Diede, Klemons Klaus, Asbern und Kunzsch. Auf Tischgenaus ausgelegt Fleischmittarbeiten, hauptsächlich von Lehrlingen hergestellt, zeigten beachtliche Leistungen. Ebenfalls hatten obengenannte Firmen Prospekte, Kataloge u. dergl. zahlreich zur Verfügung gestellt. Eingangs der Tagesordnung gedachte man in ehrender Weise der verstorbenen Kollegen. Unter „Geschäftlichem“ gab Kollege Steinlapp einige Eingänge bekannt. Bezüglich einer Anfrage über die Unterbringung eines Arbeitslosen, wozu der Vorstand beauftragt war, war zu sagen, daß leider sämtliche Bemühungen negativ verlaufen sind. Im Laufe der Debatte wurde wieder Klage geführt über gewerbliche Mißstände. Die zur Aufnahme stehenden Kollegen wurden nach einer kurzen Aussprache alle einstimmig aufgenommen. Wegen Neffen wurden drei Mitglieder ausgeschlossen, die zum Teil schon recht lange der Sparte angehörten. Der Kassierbericht, der gedruckt vorlag, wurde ohne Debatte gutgeheißen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann gab Kollege Steinlapp einen kurzen Rückblick über die Tätigkeit im verlaufenen Jahr. Die nun einsetzende Debatte befaßte sich ausschließlich mit dem Abbau der Leistungsulage. Sämtliche Redner waren sich darüber einig, daß wir zwar den tariflichen Abbau schulden mußten, daß aber jeder weitere Abbau mit aller Kraft abzuwehren sei. Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß dort, wo bereits ein weiterer Abbau geplant war, dies an der Geschlossenheit der Belegschaft gescheitert sei. Bedingt in einem Ort ist es den Prinzipalen gelungen, einen weiteren Lohnabbau zu erzielen. In einem Falle wurde ein Stereotypur, weil er sich weigerte, die Notationsmaschine mit zu bedienen, kurzer Hand entlassen. Dem Bericht der Technischen Kommission war nichts Besonderes zu entnehmen, da selbige erst seit kurzer Zeit neu in Tätigkeit ist. Der Vorstand wurde auf Antrag einstimmig wiedergewählt. Kollege Steinlapp dankte für das Vertrauen, und wird der Vorstand weiterhin seine ganze Kraft für die Sparte einsetzen. Die nun zur Debatte stehenden Anträge wurden nach eingehender Aussprache, und da die Tagung sich nicht für Annahme entscheiden konnte, von den Antragstellern zurückgezogen. Einer Anregung, die Bezirksvorstandsversammlung nicht, wie beschloßen, ständig in Düsseldorf abzuhalten, sondern abwechselnd von Bezirk zu Bezirk, soll entsprochen werden. Als nächster Versammlungsort wurde Duisburg vorgeschlagen. — Die für den Nachmittag angeordnete Feier brachte die Kollegen wieder vollständig zusammen. Als Mitwirkende waren Gesangsverein „Typographia“ das Solonquartett, „Beethovens“, Arbeiterturn- und Sportverein (Turnerinnen) sowie Herr Karl Kreter, Humorist und Vortragskünstler, gewonnen worden. Gegen 4 Uhr begann die Feier, eingeleitet durch Musikvorträge und gelungene Darbietungen. Hierauf erfolgte die Begrüßung durch den Kollegen Steinlapp, der auf die Bedeutung des Tages verwies. Im Namen des Essener Spartenbezirks hieß Kollege Henrich die Festteilnehmer herzlich willkommen, unter besonderer Begrüßung der schon oben erwähnten Vertreter der einzelnen Firmen. Glückwünsche und bunte Telegramme landten uns außer der Zentralkommission und dem Gauvorstand ein großer Teil unserer Zubereitungen. Mündliche Grüße und beste Glückwünsche überbrachte die Handwerkerpartei Essen sowie die Ortsgruppe des Bildungsverbandes. Letzgenannte unter Überreichung einer künstlerisch hergestellten Glückwunschadresse. Allen lagen wir auch von dieser Stelle aus besten Dank, desgleichen den verschiedenen Firmen für ihr Entgegenkommen. Kollege Böhmung (Essen) hielt die Mitansprache. Derer gedachte, die den Grundstein zur Sparte gelegt hatten, erläuterte er Zweck und Ziel der Sparten, betonend, daß es heute ein Gebot der Stunde sei, außer Verbands- auch Spartenmittel zu sein. Zum Schluß gedachte er ehrend denjenigen Kollegen, die 25 Jahre Spartenmitglieder sind. Mit einem Hoch auf die Jubilare, Sparte und Verband, das begeistert aufgenommen wurde, schloß er seine Ausführungen. Nunmehr ging man zum gemütlichen Teil über. Gesangsverein „Typographia“, Quartett „Beethovens“ und die Turnerinnen warteten abwechselnd mit entsprechenden Darbietungen auf. Zwischenbüchere spielte das Arbeiterorchester zum Tanz auf, und somit kam auch die Jugend zu ihrem Recht. Sehr gut wirkte der Humorist Kreter, der

es auch als Anführer verstand den Auftretenden volles Gehör zu verschaffen. Allen Mitwirkenden sei bestens gedankt. Ein Tänzerchen mit abwechselnden gelungenden und humoristischen Einlagen hielt die Kollegen noch längere Zeit in fröhlichster Laune beisammen. Die Kollegen, die die letzten Jahre noch erreichen mußten, nahmen ungern Abschied. Dem Essener Bezirk für die wohlgeleitete Feier, die den Teilnehmern noch lange Zeit in bester Erinnerung bleiben wird, ebenfalls unsern besten Dank. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß man dem Mitbegründer und stets eifrigen Förderer unserer Sparte, der aber leider infolge Erkrankung schon Jahre aus dem Haus gefehlt ist, durch Überreichung eines hübschen Blumengebüsches ehrend gedachte. Den anwesenden arbeitslosen Kollegen wurde ebenfalls in Anbetracht des Tages eine finanzielle Unterstützung zuteil.

**Vörsch.** Die Bezirksgeneralversammlung am 15. März in Waldshut hätte einen besseren Besuch verdient. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden Cerff sowie der Kassierbericht des Kassierers Hensler boten ein getreues Abbild der von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit getriebenen Zeit. Scharfe Maßnahmen wurden gegen die in unserm Bezirk geradezu groteske Bezirksgerichtsarbeit durchgeführt, die einen Vorstand von 48 Lehrlingen gegenüber 95 Gehilfen = 50 Proz. erreicht hat. Zwei der leistungsgelernten Jahrgänge sind bereits aus dem Beruf verschwunden. Die Neuwahlen brachten bei sonst lebhafter Besetzung den Rücktritt des Schriftführers Kollegen Schneider, der dies Amt 26 Jahre innehatte. Vom Gau- und Bezirksvorstand wurde ihm für seine langjährige Tätigkeit der beste Dank ausgesprochen. Der dann folgende Vortrag des Gauvorsitzers Sandfort (Freiburg) über „Die gegenwärtige Lage“ zeigte in scharfen Urteilen die letzten Vorgänge auf dem Tarifgebiet und die bisher erfolgten Auswirkungen. Die Aussprache war vom Geist entschlossener Abwehr getragen; die Hezereien gegen die Verbandsfunktionäre fanden ebenfalls scharfste Zurückweisung. Der Gauvorsitz wurde zur Sperte einer Waldshutereimann ernannt, falls diese nochmaliger Intervention zwecks Herstellung gesetzlicher Arbeitsverhältnisse nicht zugänglich sein sollte. — Nach der Versammlung blieben die Kollegen mit denen des Ortsvereins Waldshut noch kurze Zeit beisammen.

**Münster i. W. (Maschinensetzer.)** Unsere Generalversammlung am 15. März erfreute sich eines äußerst zahlreichen Besuchs. Aus dem Bezirk waren Dillmann und Embdten vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorstand die dem unfröhlich verstorbenen früheren langjährigen Vorsitzenden der Maschinensetzervereinigung im Gau Rheinland-Westfalen, dem Kollegen Heinrich Müller (Essen), einen ehrenvollen Nachruf. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles und einer Neuaufnahme gab der Schriftführer den Jahresbericht des Vorstandes, der ohne Diskussion entgegengenommen wurde. Der Kassierbericht des Kassierers Hofrogge ließ wie immer nichts zu wünschen übrig und es wurde ihm Dank und Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl fand durch eine Wiederwahl des bisherigen Vorstandes per Akklamation eine ruhige Erledigung. Vorsitzender wurde die nunmehr aufschlußreichen Bericht von der Generalversammlung der Gauenreinigung in Elberfeld. Erwähnenswert hieraus ist, daß die Delber Maschinensetzer, die nach der Gauenreinigung zum Bezirk Münster gehören, aber der besseren Bahnverbindung wegen seit elf Jahren dem Bezirk Bielefeld angehört, auf Beschluß der Versammlung dem Bezirk Münster wieder zugeproben wurden. Hierauf hielt Kollege Althoff, der an einer Berechnungserklärung in Düsseldorf teilgenommen hatte, einen mit regem Interesse aufgenommenen Vortrag über „Das Berechnen an der Sekundärmaschine“. Redner verstand es, in anschaulicher und verständlicher Weise an Hand des Tarifs und etlichen Beispielen die Mitglieder mit der Art des Berechnens vertraut zu machen. Leider war die dem Vortragenden zur Verfügung stehende Zeit zu knapp, um alles erschöpfend zu behandeln. Aus diesem Grunde soll der Vortrag in einer demnächstigen Versammlung fortgesetzt werden. Die in der Diskussion an den Vortragenden gestellten Fragen wurden in klarer und präzipiter Form beantwortet.

**Dranienburg.** Unsere Versammlung am 7. März beschäftigte sich hauptsächlich mit der Lohnabbaufrage. Kommissionen hatten in den einzelnen Betrieben versucht, dem Lohnabbau auf dem Verhandlungswege entgegenzutreten, was aber keinen Erfolg brachte. Mit dem Lohnabbau sind die Kollegen keineswegs zufrieden und sie gaben dies in einer nun folgenden Diskussion auch kund. Der Vorsitzende, der den Bericht von der Vertrauensmännerversammlung gab, betonte, daß man dort der Lohnabbau der aktuelle Punkt war, und daß man dort wohl der gleichen Meinung war wie hier. Ein Vorschlag eines Kollegen, die Beiträge abzubauen, wurde nicht akzeptiert, da dieser Abbau nur unsere arbeitslosen Kollegen schädigen würde. Da wir dem Lohnabbau ja auf gesetzlichem Wege nicht entgegenwirken können, hoffen wir aber, daß er sich ein zweites Mal nicht ereignen wird. Nach Erledigung des Kartellberichts, aus dem besonders die Errichtung einer Rechtsauskunftsstelle durch das Kartell hervorgehoben ist, fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Düsseldorf.** Unsere gut besuchte Versammlung am 20. März wurde durch zwei Wiederorträge unserer „Typographia“ eingeleitet, die reichen Beifall fanden. Nachdem der Bezirksvorsitzende Henrichius Mitteilungen organisatorischer Art gemacht hatte, ging er zu seinem Referat, „Die Lage im Gewerbe nach dem Schiedspruch“, über. Er erwähnte u. a., daß die Reichsregierung mit ihren Lohnabbauentscheidungen eine nicht wieder gutzumachende Unrecht gegen die deutsche Arbeiterschaft begangen hätte. Berechtigter Empörung hätte der Schiedspruch für das Buchdruckergewerbe ausgelöst. Aber leider könne der Verband nicht gegen Recht und Gesetz angehen, wenn er nicht die ganze Existenz unseres Verbandes aufs Spiel setzen wolle. Auch ein eventuell neu gewählter Verbandsvorstand könne, wie es in der Beschlusssatzung Resolution verlangt würde, nicht anders handeln, da auch diesem neuen Vorstand durch die Gesetzgebung des Schiedspruchs jegliche Handhabe genommen sei. Weiter streifte er den Streik der Königsberger Kollegen. Der unflüchtige Ausgang dieses Streiks sei ein Beweis der Machtlosigkeit unsererseits, solange nicht das Schlichtungswesen zugunsten der Arbeitnehmer abgeändert worden sei. Das einflüchtige Arbeitelöste eine rege Debatte aus, in der vor allen Dingen der Ausgang des Königsberger Streiks diskutiert wurde. Angenommen wurde u. a. ein Antrag, der Ortsverein Königsberg solle die Namen der nach dort zugereisten Kollegen bekannt-

geben; diese Kollegen hätten, falls sie sich später wieder auf der Reise befinden würden, kein Recht mehr, ein Ortsmitglied zu bekommen. Nachdem noch einige Kommissionswahlen zu dem an den Freitagtagen stattfindenden fünfzigjährigen Orts- und Bezirksvereinsjubiläum getätigt worden waren, fand die recht lebhaft verlaufene Versammlung ihr Ende.

**u. Kallatt (Baden).** Eine Fülle von Vereinsmitteilungen leitete unsere diesjährige Jahresversammlung ein, die von allen den Kollegen ganzleicherweise besucht sein dürfen. Vor allem ist es die Frage der Verschmelzung der beiden hiesigen Ortskrankenkassen (Stadt und Land), die auch uns Kallatter Buchdrucker stark interessiert. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden Ziffeland enthielt alles Wesentliche aus dem Jahre 1930 und wurde einstimmig in etwas kürzerer Form genehmigt. Eine Überzählung gab es lediglich beim Kassenerbericht. Kallatt, Zentralnotenpunkt im Ost-West- und Nord-Süd-Bereich wird in den Monatsmonaten von den wordernden Kollegen stark besucht, was eine akute Schwächung der Kasse zur Folge hatte. So z. B. wurden im Jahre 1930 an 214 durchreisende Kollegen 165,50 M. als Ortsgehälter ausgezahlt; im Monat August allein an 49 Kollegen 22,50 M. Um die ohnehin schon hohen Beitragsätze nicht noch mehr steigern zu müssen, mußte leider beschloßen werden, für eine gewisse Zeit die Unterhaltungsätze einzufrieren. Mit Bedauern vernahm die Versammlung die Absicht des nun neun Jahre im Amte befindlichen Vorsitzenden, Kollegen Ziffeland, zurückzutreten. Ihm folgte in der Geschäftsführung Kollege Konek, einstimmig von der Versammlung gewählt. Eine „innen- und außenpolitische Debatte“ schloß sich der Wahl an und hielt die Kollegen noch geraume Zeit in angeregter Stimmung beisammen.

**gg. Schleswig.** Zu unserer Versammlung am 21. März war Kollege Cohen (Kiel) vom Gauvorstand zu einem Vortrag „Das Berechnen“ gewonnen worden. Der Referent machte uns mit dieser Materie vertraut und dürfte manchen Kollegen zum Nachdenken angeregt haben. Leider war der Besuch nicht ganz so gut wie in den vorhergehenden Versammlungen, immerhin aber noch als gut zu bezeichnen. Auch die Lehrlingsabteilung nahm wegen des Vortrags zum Teil an der Versammlung teil. Erst kurz nach 10 Uhr konnte in der Beratung der eigentlichen Tagesordnung eingeleitet werden, die vom Vorsitzenden mit einigen Eingängen und Mitteilungen eröffnet wurde. Der vom Kassierer gegebene Kassierbericht zeigte eine starke Belastung infolge Arbeitslosigkeit und der unwilligen Kollegen. Der Mitgliederstand beträgt zur Zeit 47. Unter „Beschriebenem“ wies der Vorsitzende nochmals auf die Betriebsratsarbeiten hin, daß die Wahlen überall eingeleitet seien, nur in der Druckerei Töbelen sei noch nichts geschehen, der Vorstand werde aber nicht locker lassen und nötigenfalls den gesetzlichen Weg beschreiten. U. a. kam noch zum Ausdruck, daß die Handwerkerbewegung nicht das gehalten, was man bei der Gründung von ihr erwartet habe; namentlich vermisse man von der Provinzzentrale in Kiel die notwendige Initiative ganz. Zum Schluß übermittelte Kollege Cohen noch die Grüße des Gauvorstandes und sprach anerkennende Worte über die vom Ortsverein Schleswig geleistete gute Arbeit. Vorsitzender G. Pötters dankte, ver sprach Befestigung des bisherigen Kurses und appellierte an die gesamte Kollegenchaft um Unterstützung und Mitarbeit und noch besseren und befähigteren Versammlungsbesuch.

### Allgemeine Rundschau

**Neuer Verbandssekretär.** Der nach öffentlicher Ausschreibung des Postens von der letzten Gauvorsitzendenkonferenz als Nachfolger des Kollegen Fülle zum Verbandssekretär und Reichslehrlingsleiter gewählte Kollege Artur Wolfram aus Weipzig ist am 1. April in den Verbandsvorstand eingetreten.

**Gesellenprüfung.** In Karlsruhe wurden geprüft 22 Seher, 4 Drucker, ein Stereotypur. Von den Sehern erhielten im Praktischen 6 die Note Gut, 1 die Note Ziemlich gut, 4 die Note Genügend; im Theoretischen 13 die Note Gut, 9 die Note Ziemlich gut. Von den Druckern erhielten im Praktischen 2 die Note Gut, einer die Note Ziemlich gut; im Theoretischen 2 die Note Gut, einer die Note Ziemlich gut, einer die Note Genügend. Der Stereotypur erhielt im Praktischen und Theoretischen die Note Gut. 3 Seher und ein Drucker bestanden die praktische Prüfung nicht und müssen die wiederholen.

**Arbeitsunlust oder Berufsfröude?** Unter diesem Stichwort veranlaßte bekanntlich der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker ein Preisausgeschrieben, das als Endtermin für die Einlieferungen den 15. November 1930 vorsah. Man wird sich nicht wundern, daß die Entschiedenheit erst erfolgt ist, wenn man erfährt, daß 206 Verfasser 214 Arbeiten einlieferten — Arbeiten im jeweiligen Umfang von einer Quartseite bis zu dem mehrbogigen Brodschneiden. Die zur Bewertung eingeleitete Fünfmannerkommission hatte ein gutes Stück Arbeit zu leisten, um diesen Materialberg zu fludieren, zu sichten und die einzelnen Arbeiten gegeneinander abzuwägen. Sie hat schließlich 32 Arbeiten als die höchstqualifizierten ausgewählt. Auf diese werden die vom Bildungsverband zur Verfügung gestellten 1000 M. verteilt, und zwar in sechs Gruppen, die 75, 50, 40, 25, 20 und 15 M. erhalten. 91 Preisträger bekommen ihre Anerkennung in Form von Wertchen der Bildergilde. Die Preise werden in diesen Tagen versandt. Das Maßstab der „Typographischen Mitteilungen“ wird das Resultat im einzelnen und die Namen aller Preisträger bringen. Die besten Arbeiten sollen im Laufe der Zeit zur Veröffentlichung kommen, und man darf schon jetzt sagen: ihre Lesart wird außerordentlich lehrreich, interessant und vielfach geradezu erschütternd sein, um Lehrreichten für Unternehmer, die keine Ahnung davon haben, was in den Herzen und Hirnen ihrer Arbeiterschaft eigentlich vor sich geht.

Die 50 schönsten Bücher des Jahres 1930. Zu unserer mehr summarischen Aufzählung der dem diesjährigen „Tag des Buches“ preisgekrönten Bücher tragen wir auf Wunsch der Belegschaft der Firma Cranaß-Prese in Weimar gern nach, daß als das schönste Buch des Jahres 1930 einstimmig das im Insel-Verlag in Leipzig erschienene Werk: Ratner Maria Rilke, Gesammelte Gedichte, Band I, bezeichnet worden ist. Es ist in der Cranaß-Prese in Weimar in reiner Handarbeit (Handsatz und Handpressendruck) hergestellt worden. Auch das nach dem Urteil der Preisrichter

Schönste Buch des Jahres 1929: Shakespeares „Hamlet“, von aus der genannten Weimarer Dfjzin hervorgegangen...

Zählich 9000 Veröffentlichungen über Rundfunk. Die von der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft herausgegebenen...

Verbandsrat der Lithographen und Steinbrucker. Der oberste Verbandstag unserer Schwäger vom Stein findet am 16. August...

Gewerkschaftliche Konzentration. Im Rahmen des DGB. ist am 24. Februar in Berlin eine Forderungsgesellschaft gegründet worden...

Literarisches. „Der erste Sturm“ Erinnerungen aus der russischen Revolution 1915. Von Vladimir Zwetinski...

In werten Kreisen bekannt gebliebenen Gewerkschaftsgenossen... Die Revolution von 1915 begann, weilte er im Ausland...

Versehiedene Eingänge

Zuvorabgeschickte Mitteilungen. Zeitungs- und Zeitschriften... Die Zentralrat der Buchdrucker...

„Ein erfolgreiches Gewerkschaftsamt der Zeit einer weiteren... Die Zentralrat der Buchdrucker...“

Gestorben

In Wiesbaden am 18. März der Bruder Ludwig Dack aus... In Jülich am 17. März der Bruder Eduard Jakob aus...

In Dagersdorf am 21. März der Buchdruckerbesitzer Wilhelm... In Berlin am 21. März der Bruder Paul...

Beisetzungen

Fr. Sp. in B. für freundlich mitgeteilte Nummer stellen... In Berlin am 21. März der Bruder Paul...

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreißendstraße 5. Fernruf: 1191... In Berlin am 21. März der Bruder Paul...

Stellstellen annehmen!

Spätester Einblendstermin für März 9. April. Stellung für die... In Berlin am 21. März der Bruder Paul...

Adressenveränderungen

Köthen i. Anhalt. Vorsitzender: Bruno Mehnert, Zimmer... In Berlin am 21. März der Bruder Paul...

Neue- und Arbeitslosenversicherung

Beuthen (Oschl.). Der auf der Nele befindliche Lehrer Max... In Berlin am 21. März der Bruder Paul...

Veranstaltungskalender

Brandenburg. Die frühjahrliche Bezirksversammlung... In Berlin am 21. März der Bruder Paul...

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 28

(8. April 1931.) Artikel: Bestimmungsmomente. Der Zweck bestell... In Berlin am 21. März der Bruder Paul...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltete Millimeterhöhe für Stellengesuche... Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer.

Anzeigen

PHOEBUS-PALAST im Europahaus. Am Anhalter Bahnhof - Berlin. Einladung zur Uraufführung des Intertype-Werkfilms...

Berliner Korrektorenverein. Sonntag, den 12. April, nachmittags 4 Uhr, in den City-Gaststätten, Dresdener Straße 62. Monatsversammlung...

Winkelhaken Schließen, Schließzeug, Maschinenbänder. Verlag des Bildungsverbandes der D.D., Ombf., Berlin SW 61.

Am 30. März verschied unerwartet infolge Schlaganfalls unser lieber Kollege, der Ehefrau überlebend, Oberbuchner L. Oberbuchner...

Brandenburgischer Maschinenfabrikverein. Achtung! Die nächste Vereinsversammlung findet erst am Sonntag, 19. April, vorm. 9 Uhr...

Leipziger Maschinenfabrikverein. Sonntag, den 12. April, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Gartenfaal. Monatsversammlung...

Am 29. März verschied nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Korrektor, Kurt Schmidt...

Dresdener Buchdrucker-Gesangverein und Frauenchor. Am ersten Märzfest 1931 erlitt der Abwesende Mitglied...

Typographisches Orchester. Musterteil Berliner Buchdrucker. Begründet 1924. Dirigent: Stapelm. Erdich. Vorl.: Werno Dreher...

Am 30. März verschied nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Korrektor, Karl Heinrich...

Am 17. Februar verschied unser lieber Kollege, der Buchdrucker, Heinrich Henkel...

Verlag: Verbandsverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreißendstraße 5. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Schaeffer...